

Indien entdeckt SAARC

Wenig Konkretes beim 14. Gipfeltreffen der südasiatischen Staatengemeinschaft

Stefan Mentschel

„Stau auf der Autobahn“, „Keine Punkte an der Anzeigetafel“, „Der Weg ist noch weit“ – die indischen Zeitungskommentatoren waren sich einig. Zwar habe der 14. SAARC-Gipfel am 3. und 4. April in einer konstruktiven Atmosphäre stattgefunden, gemessen an den Ergebnissen allerdings wurden die Erwartungen an das Treffen in Delhi nicht erfüllt. Ein Grund sind die nach wie vor problematischen Beziehungen zwischen Indien und Pakistan.

„Wenn sich SAARC zu einer Staatengemeinschaft entwickeln soll, die diesen Namen auch verdient, dann muss Indien endlich die Führungsrolle übernehmen.“ Vor Beginn des 14. Gipfeltreffens der Südasiatischen Vereinigung für regionale Zusammenarbeit (SAARC) benannte Mahendra P. Lama, Professor an der Delhier Jawaharlal-Nehru-Universität, im Gespräch mit SÜDASIEN einen der Gründe für die mangelnde politische Bedeutung des vor mehr als 20 Jahren ins Leben gerufenen Bündnisses. „Die SAARC-Abteilung im indischen Außenministerium wird nur aktiv, wenn ein Gipfel vor der Tür steht“, so Lama. Allein dieses Beispiel zeige, welch geringe Bedeutung indische Politiker und Bürokraten der regionalen Integration beimessen.

Doch mit dem Engagement Delhis steht und fällt der Erfolg der Organisation. Das Land umfasst 72 Prozent der Gesamtfläche Südasiens, die Einwohnerzahl liegt um das Dreifache über der aller Nachbarstaaten. Wirtschaftlich ist Indien eine Großmacht, deren Anteil am Bruttosozialprodukt der SAARC-Mitglieder 75 Prozent beiträgt. „Ohne Indien kann das Projekt SAARC nicht funktionieren“, betont der Professor. „Mit Indien bislang allerdings auch nicht.“

Da politische Fragen vor allem aufgrund der Spannungen zwischen Indien und Pakistan ohnehin nie auf einer SAARC-Tagesordnung auftauchten, legte man von Anbeginn den Schwerpunkt auf Wirtschafts- und Handelsfragen. Aber abgesehen von dem im Januar 2006 in Kraft getretenen Abkommen zur Schaffung einer südasiatischen Freihandelszone (*South Asian Free Trade Area*, SAFTA) gab es keine konkreten Schritte hin zu einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der Region.

Nach wie vor behindern hohe Zölle und restriktive Visabestimmungen den Austausch, zudem sind die Verkehrsverbindungen zwischen den Staaten katastrophal. So müssen Lkw an der Grenze zwischen Indien und Bangladesch vier Tage warten, bis die Formalitäten erledigt sind. Und für Exporte von Indien nach Pakistan auf dem Seeweg nehmen Geschäftsleute einen 3 000 Kilometer langen Umweg von Mumbai über Dubai nach Karatschi in Kauf. Entsprechend mager ist das Handelsvolumen innerhalb der Gemeinschaft. Lediglich 5 Prozent ihres gesamten Außenhandels wickeln die SAARC-Staaten untereinander ab.

Dunkle Schatten

Der 14. Gipfel sollte die Wende bringen. „Indien kann es sich nicht mehr

leisten, die Entwicklungen in den Nachbarstaaten zu ignorieren“, glaubt Südasiens-Experte Lama. Im Schatten eines De-facto-Bürgerkrieges wie in Sri Lanka oder einer massiven innenpolitischen Krise wie in Bangladesch könne die indische Volkswirtschaft nicht wachsen, da sich aufgrund der geographischen Lage all diese Probleme früher oder später auch auf Indien auswirkten. „Ein anderer Aspekt ist der zunehmende politische und wirtschaftliche Einfluss externer Akteure wie China auf die kleineren Staaten in Südasiens. Wenn Indien nicht den Anschluss verpassen will, muss es sich stärker in der Region engagieren“, so Lama. Auf der anderen Seite realisierten inzwischen aber auch die SAARC-Mitglieder, welche Vorteile gute Beziehungen zum „Boomland“ Indien haben können.

Doch die bilateralen Probleme, die schon in der Vergangenheit den Prozess der Integration und Entwicklung in der Region behindert haben, hängen auch in diesem Jahr wie ein dunkler Schatten über dem Gipfel. Afghanistan, das als achttes und jüngstes SAARC-Mitglied seinen Einstand gab, und Pakistan geben sich gegenseitig die Schuld am Widererstarben islamischer Extremisten. Kabul glaubt, der Nachbar unternehme zu wenig gegen Taliban- und Al-Qaida-Kämpfer

im Grenzgebiet. Islamabad weist alle Vorwürfe zurück und fordert ein stärkeres Engagement der afghanischen Sicherheitskräfte. Zwischen Indien und Pakistan gibt es weiterhin erhebliche Differenzen in der Kaschmirfrage, auch wenn sich das Verhältnis in den zurückliegenden drei Jahren sichtlich verbessert hat. Im Osten verdächtigt Delhi Bangladesch, Separatisten aus dem fragilen indischen Nordosten Rückzugsräume zu bieten.

Indiens Premier und Gipfelgastgeber Manmohan Singh sprach in seiner Eröffnungsrede die Schwierigkeiten an, beschwor die Staats- und Regierungschefs aber gleichzeitig, mit der Vergangenheit zu brechen und sich des „gemeinsamen Schicksals“ der Region Südasion bewusst zu werden. „Es ist an der Zeit, die Phase der Absichtserklärungen zu überwinden und zur Tat zu schreiten.“ Er sehe Anzeichen, so Singh, „dass unsere Regierungen die bilateralen Fragen ansprechen, die uns bislang davon abgehalten haben, unser Potenzial voll auszuschöpfen“.

Als erste Maßnahme stellte Singh den wirtschaftlich schwächeren SAARC-Mitgliedern Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Malediven und Nepal den zollfreien Zugang zum indischen Markt noch vor Ende dieses Jahres in Aussicht. Der Premier betonte, dass Indien anders als früher nicht mehr auf Gegenleistungen für sein Entgegenkommen bestehe. Damit sprach er Fakhruddin Ahmed aus dem Herzen. Der Chef der vom Militär gestützten Übergangsregierung in Bangladesch hatte in seiner Rede gefordert, dass die „größeren und besser ausgestatteten unter uns“ sich ihrer Verantwortung gegenüber den weniger entwickelten Mitgliedern bewusst werden müssten.

Da es bereits ein wirksames Freihandelsabkommen zwischen Indien und Sri Lanka gibt, hätte Singhs Ankündigung den endgültigen Durchbruch für SAFTA ab 2008 bedeuten können. Allerdings wurde eine wichtige Hürde

South Asian Association for Regional Cooperation, SAARC

Die Südasiatische Vereinigung für regionale Zusammenarbeit (*South Asian Association for Regional Cooperation, SAARC*) wurde im Dezember 1985 von Bangladesch, Bhutan, Indien, den Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka ins Leben gerufen. Gemessen an der Bevölkerungszahl von 1,47 Milliarden Menschen ist SAARC die größte Regionalorganisation des Südens. Vorausgegangen war der Gründung ein Treffen der Außenminister der sieben Staaten im Jahr 1981, das auf Initiative des Präsidenten von Bangladesch, Zia-ur-Rahman, zu Stande gekommen war. Dieser verfolgte damit das Ziel, die angespannten zwischenstaatlichen Beziehungen in Südasion zu verbessern. Doch schon damals verständigte man sich darauf, bilaterale Probleme wie den Kaschmir-Konflikt sowie strittige politische Fragen bei den Gesprächen auszuklammern. SAARC verfügt über ein Sekretariat mit Sitz in Katmandu (Nepal). Es wird von einem politisch wenig einflussreichen Generalsekretär geleitet, der alle drei Jahre vom SAARC-Ministerrat gewählt wird. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs finden in der Regel im Abstand von einem bis zwei Jahren statt. Die Außenminister treffen sich mindestens zweimal jährlich. Auf dem 13. SAARC-Gipfel 2005 wurde die Aufnahme Afghanistans als achttes Mitglied sowie die Zuerkennung eines Beobachterstatus für China und Japan beschlossen. Am 14. Gipfeltreffen nahmen zudem Südkorea, die USA sowie die EU als Beobachter teil.

nicht genommen – Pakistan. Premier Shaukhat Aziz machte auch in Delhi zum wiederholten Mal klar, dass zunächst alle offenen politischen Fragen – allen voran der Konflikt um Kaschmir – gelöst werden müssten, bevor Islamabad ernsthaft über eine Verbesserung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Indien nachdenken könne. Die Forderung von Sri Lankas Präsident Mahinda Rajapakse, „möglichst schnell“ eine gemeinsame Währung für ganz Südasion einzuführen, scheint angesichts der bestehenden politischen Differenzen daher auf absehbare Zeit wenig realistisch.

Gegenseitiges Misstrauen

Dass die SAARC-Mitglieder noch einen weiten Weg vor sich haben, um das gegenseitige Misstrauen abzubauen, zeigte auch die Debatte zum Terrorismus. Präsident Rajapakse hatte vor dem Hintergrund der Probleme im eigenen Land eine gemeinsame Stellungnahme der Staats- und Regierungschefs dazu gefordert. Und Indien schlug gar ein Rechtshilfeabkommen gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität

vor. Zustande kam – abgesehen von einer weiteren Verpflichtungserklärung – beides nicht, denn wieder stellte sich Pakistan quer. Premier Aziz vertrat die Ansicht, dass es besser sei, diese Fragen bilateral zu lösen. Ohne Kaschmir beim Namen zu nennen, verlangte er auch, „sich eingehender mit den Ursachen terroristischer Gewalt zu beschäftigen“.

Konkretes kam am Ende der zweitägigen Verhandlungen aber dennoch zustande. So erklärte sich Delhi bereit, die Visaverfahren für Wissenschaftler, Studenten, Journalisten sowie Menschen, die in Indien medizinische Hilfe in Anspruch nehmen wollen, zu vereinfachen. In der gemeinsamen Abschlusserklärung verständigte man sich auf die Eröffnung einer Südasion-Universität mit Fakultäten in mehreren SAARC-Staaten und die Einrichtung einer so genannten Food Bank, einer Nahrungsmittelreserve für die Region. Zudem sollen 300 Millionen US-Dollar aus dem neuen südasiatischen Entwicklungsfonds „so schnell wie möglich“ für Projekte der Armutsbekämpfung zur

Verfügung stehen. Auch ausländische Geber können in den Fonds einzahlen, haben allerdings keinen Einfluss auf die Verteilung der Mittel.

“Über Südasiens bricht ein neuer Morgen an“, erklärte Manmohan Singh emphatisch zum Gipfelabschluss. Die Qualität der Debatte habe ihn zu der Überzeugung gebracht, dass „unsere Bevölkerungen sehr bald von SAARC profitieren werden“. Wohlwollend ä-

ßerten sich auch internationale Beobachter wie der inzwischen abgelöste chinesische Außenminister Li Zhaoxing. Er bescheinigte der südasiatischen Staatengemeinschaft nicht ganz uneigennützig eine „lichte Zukunft“. Kritiker allerdings warnen vor zu großem Optimismus. „Zwar ist Indien seiner regionalen Führungsrolle und der damit verbundenen Verpflichtung gegenüber den kleinen Mitgliedstaaten erstmals im Ansatz gerecht

geworden“, resümiert Mahendra P. Lama von der Nehru-Universität. Die Ergebnisse seien aber auch in diesem Jahr weit hinter den Erwartungen zurück geblieben.

Zum Autor

Stefan Mentschel ist Politikwissenschaftler, freier Autor und Journalist. Er lebt und arbeitet in Neu Delhi.

Die Krise um Wasser: Nicht nur eine Frage der Knappheit

UNDP-Bericht über die menschliche Entwicklung 2006

Christina Kamp

Weltweit haben 1,1 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser. Die meisten von ihnen leben in Südasiens. Noch schlechter sieht es bei der Sanitärversorgung aus. Weltweit 2,6 Milliarden Menschen weltweit und zwei Drittel aller Menschen in Südasiens haben keinen Zugang dazu. Dies geht aus dem Bericht über die menschliche Entwicklung 2006 des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) hervor, der Ausmaß und Folgen mangelnder Wasser- und Sanitärversorgung beleuchtet und zum Handeln aufruft.

Die sich verschärfende Krise im Bereich der Wasser- und Sanitärversorgung kostet jährlich fast zwei Millionen Kinder das Leben, heißt es im aktuellen *Human Development Report* (HDR) mit dem Titel „Nicht nur eine Frage der Knappheit: Macht, Armut und die globale Wasserkrise“. Von den 60 Millionen Todesfällen weltweit im Jahr 2004 waren 10,6 Millionen – fast 20 Prozent – Kinder unter fünf Jahren, in Südasiens sogar mehr als 30 Prozent. Der Zugang zu verbesserter Sanitärversorgung ist in Südasiens nicht einmal halb so gut wie der Zugang zu Wasser, und seine Bedeutung für die menschliche Entwicklung wird oft unterschätzt.

Mangelnder Zugang zu Wasser

Die Formulierung „Kein Zugang zu sauberem Wasser“ sei ein Euphemismus für große Entbehrungen, heißt es im Bericht. Es bedeute, dass Menschen mehr als einen Kilometer von der nächsten sicheren Wasserquelle entfernt leben und ihr Wasser aus Be- oder Entwässerungsgräben oder Fließgewässern holen, die mit Krankheitserregern verseucht sind. Selbst die Nähe zu einer funktionierenden Zapfstelle garantiere noch keinen einfachen Zugang. Wenn arme Menschen in Südasiens Zugang zu Leitungswasser haben,



Christina Kamp

Wasser ist Leben. Zapfstelle in Tamil Nadu.